

Christa Luft

25 Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – Deutschland immer noch zweigeteilt

Am 1. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWS-U) zwischen der BRD und der DDR in Kraft. Damit rückte die staatliche Vereinigung in greifbare Nähe. Eine ostdeutsche Bevölkerungsmehrheit fieberte der Ablösung der „Alu-chips“, wie die Mark der DDR gern abfällig genannt wurde, durch die harte D-Mark entgegen. Ein Betriebsbesuch führte mich als Mitglied der Modrow-Regierung im März 1990 kurz vor der Volkskammerwahl in eine Auerbacher Strumpffabrik. In den Werkhallen warnten Spruchbänder und Aufkleber der CSU-nahen Deutschen Sozialen Union vor „neuen sozialistischen Experimenten“. Befragt nach ihren Sorgen und Zukunftserwartungen, antwortete mir eine Wirkerin unter zustimmenden Gesten der Umstehenden: „Das Wichtigste ist, dass wir so schnell wie möglich die D-Mark kriegen, dann wird alles gut“. Wie dort leuchteten auch andernorts die Augen, wenn die Rede auf das in Aussicht stehende harte Geld kam. Ja sicher, man könnte sich damit lang gehegte Wünsche erfüllen. Verbreitet war die Annahme, die D-Mark trete zusätzlich in den ostdeutschen Alltag und bereichere ihn. Dass jedoch mit seiner Einführung gewohnte, als annehmlich empfundene soziale Errungenschaften verlustig gehen würden, war für viele kein Thema. Bundeskanzler Kohl hatte angekündigt, niemandem solle es schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser. Es werde gelingen, die in der DDR neu entstandenen Länder schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln. Über den von den Ostdeutschen zu zahlenden Preis schwieg er. Bei einer Bundestagssitzung im Mai 1990 in Bonn, zu der der Volkskammerausschuss „Deutsche Einheit“ eingeladen war, ließ Bundesfinanzminister Waigel die Katze aus dem Sack. Wir DDR-Abgeordneten saßen auf der Parlamentstribüne, als der Bayer sich über das Fernsehen an die ostdeutschen Landsleute wandte und sagte: Wir (also die BRD) geben euch das Beste, was wir haben - die harte Mark und die soziale Marktwirtschaft. Für das, was das kostet, brauchen wir ein Pfand, vor allem die rasche Privatisierung des Volkseigentums, das in der bundesdeutschen Wirtschaftspraxis ein Fremdkörper sein würde.

Kein Wunder also, dass als Pendant und zeitgleich zur Vorbereitung der WWS-U auch die von der Modrow-Regierung Anfang März 1990 geschaffene Treuhandanstalt „zur Bewahrung des Volkseigentums im Interesse der Allgemeinheit“ auf Geheiß der Bonner Seite von der de Maiziere-Regierung in eine Anstalt zur raschen und kompletten Privatisierung des volkseigenen Vermögens umgewandelt wurde. Zum in Treuhandregie zu privatisierenden Volksvermögen gehörten 8.500 Kombinate und Betriebe; 20.000 große und kleine Einzelhandelsgeschäfte; 7.500 Betriebe der Gastronomie; 900 Buchläden; 1854 Apotheken; 3,68 Mio. Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen und 25 Mrd. m² Immobilien. Den Marktwert dieses „Salats“, den er unter seinen Händen habe, schätzte Treuhandpräsident Rohwedder nach Amtsübernahme ziemlich despektierlich auf rund 600 Mrd. D-Mark. Die in Niedersachsen abgewählte CDU-Finanzministerin Birgit Breuel, die nach Rohwedders bis heute nicht aufgeklärten Ermordung an die Spitze der Treuhand rückte, hinterließ nach vierjähriger Treuhandtätigkeit einen Schuldenberg von 257 Mrd. D-Mark! Als „Argument“ für diese grottenschlechte Bilanz musste herhalten, die DDR-Kombinate und Betriebe seien mehrheitlich veraltet, nicht wettbewerbsfähig und umweltschädigend gewesen, hätten daher nur schwer oder nur mit erheblichen staatlichen Zuschüssen einen neuen Eigentümer gefunden.

Ja, es gab neben hochmodernen Betrieben solche mit stark veralteten Produktionsanlagen. Bei offenen Märkten hätten nicht alle überleben können, zumal sich mit der abrupten D-Mark-Einführung ihre Kostensituation einschneidend verschlechterte, Anpassungsmaßnahmen abgelehnt worden waren und die bisherigen Hauptabnehmer ostdeutscher Maschinen, Anlagen, Konsumgüter usw. in Osteuropa den Preis nicht über Nacht in konvertierbarer Währung bezahlen konnten.

Die ökonomischen und sozialen Folgen der hastigen Privatisierung der volkseigenen Betriebe waren gravierend. Entindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Verödung ganzer Landstriche, Abwanderung junger, hochqualifizierter Leute, Rückgang der Geburtenrate, Enteignung der Ostdeutschen von dem, was sie mit ihren Händen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hatten, Vermögenstransfer in die alten Bundesländer (ABL) sind Stichworte. Der zur Vermeidung einer sozialen Katastrophe notwendig gewordenen Finanztransfers in die neuen Bundesländer (seit 1990 ca. zwei Billionen Euro), vor allem zur Unterstützung arbeitslos gewordener Menschen sollte und soll immer noch für Demut der dortigen Bevölkerung sorgen.

Dafür aber gibt es keinen Grund, denn es fehlte von Anfang an und bis heute

- die Gegenrechnung des Vermögenstransfers von Ost nach West (Auslands- und Verwaltungsvermögen, NVA-Vermögen, Grund und Boden...)
- die Berücksichtigung von Gewinnen der in den NBL tätigen Tochterunternehmen von Mutterhäusern, die in den ABL ihren Sitz haben, wohin deren Steuern fließen
- die Wirtschaftsleistung, die abgewanderte oder pendelnde hochqualifizierte Ostdeutsche in den ABL erbringen. Allein bis 1993 zogen 1,4 Millionen Menschen in den Westen
- der zusätzliche Absatz von Westfirmen in den NBL, was deren Unternehmensgewinne erhöhte und dem Staat mehr Steuereinnahmen brachte.

Selbst westdeutsche Ökonomen kommen inzwischen zu dem Schluss: „Die Ostdeutschen haben die Vereinigung zum großen Teil allein bezahlt“, so Ulrich Blum im Jahre 2010 als damaliger Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

Insgesamt handelte es sich um die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten, um einen beschämenden Umgang mit Beschäftigten und um Entwertung von Qualifikationspotenzialen (Im Freistaat Sachsen z. B. blieben von 1,2 Mio. Industriearbeitsplätzen zu DDR-Zeiten am Ende der Privatisierung durch die Treuhand 160.000 übrig). Statt zur Nutzung vorhandener Potenziale und Kompetenzen sowie zur Orientierung auf Zukunftstechnologien kam es zum Nachbau West. Es entstanden vornehmlich verlängerte Werkbänke von westdeutschen oder ausländischen Unternehmen.

Die Folgen dieser Produktivkapitalvernichtungsaktion sind lang anhaltend, z. T. irreparabel.

Nach jüngst vorgelegten Untersuchungen des in Wien lehrenden Historikers und Kulturwissenschaftlers Philipp Ther über Entwicklungen des neoliberalen Europas nach dem Mauerfall brach die Wirtschaft in keinem anderen osteuropäischen Land so stark ein wie in der ehemaligen DDR nach Währungsunion und Vereinigung. Sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von 1989. Die gerissene Lücke füllten sofort vor allem

westdeutsche Anbieter und sackten hohe Gewinne ein. Denjenigen, die privat am meisten profitiert hatten, wurde von der Kohl-Regierung 1997 überdies noch die Vermögensteuer erlassen.

Die Folgen der radikalen Privatisierung sind lang anhaltend, z.T. irreparabel. Es entstand ein Defizit an Großunternehmen und es fehlen (außer der Deutschen Bahn) Firmenzentralen, in denen normalerweise Forschungs- und Marketingaktivitäten angesiedelt sind. Übrig blieb im Zuge der Privatisierung eine vorherrschend kleinteilige Wirtschaft, die naturgemäß weniger produktiv ist. Das BIP/Einwohner in den neuen Bundesländern stagniert bei 66,6% des Westniveaus laut aktuellem Bericht der Bundesregierung. Das Steueraufkommen je Einwohner betrug 2013 in den NBL 937 Euro und 1.837 Euro in den ABL. Für eine kleinteilige Unternehmensstruktur ist ein geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Beschäftigten typisch. Bis heute fehlt in der Industrie die Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau. Der Abstand zu den ABL beträgt im Schnitt immer noch 20 -30 %. Das reproduziert fortwährend ungleiche Rentenansprüche bei Männern und Frauen (aktueller Rentenwert ab 1. Juli 2015 im Osten 27,05 €, im Westen 29,21 €). Gleiches Rentenrecht soll erst 2019 in Ost und West gelten. Es zeigen sich gesundheitliche Beeinträchtigungen wegen Entwertung von Berufserfahrungen und Stress bei der Arbeitssuche, auch bei Gründung eigener kleiner Unternehmen.

Von der „Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse, wie es ein Passus des Grundgesetzes gebot, ist keine Rede mehr. 1994 wurde er in „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ abgeändert. Damit wurde der unterprivilegierte Status Ostdeutschlands mit dem Grundgesetz dauerhaft vereinbar gemacht.

Schlussfolgerungen

Währungsmäßig ist die vor 25 Jahren auf den Weg gebrachte Dreifach-Union vollzogen. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht machen sich falsche Weichenstellungen bis heute stark bemerkbar. Hier sind Konvergenzen in überschaubarer Zeit nicht in Sicht.

Die historische Wahrheit gebietet eine seriöse Unterscheidung zwischen dem, was bei der Nach-Wende-Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft als „Erblast“ der DDR gelten kann und dem, was Ergebnis falscher politischer Weichenstellung war, nämlich der abrupten DM-Einführung ohne Anpassungsmaßnahmen und des Agierens der Treuhand vorrangig im Interesse westdeutscher Konkurrenten und dann die rasch folgende deutsch - deutsche Einheit, ohne dass politisch auf die neue Situation in ganz Deutschland reagiert worden wäre.